



Wetteraukreis

Niederschrift

Friedberg, 22.01.2007

Gremium	Kreistag
Sitzungsnummer	IX. WP/10. Sitzung -
Datum	Mittwoch, den 17.01.2007
Sitzungsbeginn	15:00 Uhr
Sitzungsende	20:27 Uhr
Ort	Plenarsaal, Friedberg öffentlich

Anwesenheit

Vorsitzender

Bernfried Wieland, Büdingen

Mitglieder

Joachim Arnold, Wölfersheim
Stephanie Becker-Bösch, Butzbach
Erhard Buß, Butzbach
Barbara Büttner, Karben
Rosemarie Cleve, Bad Vilbel
Marc Dieruff, Friedberg
Eleonore Dietz, Rosbach
Konrad Dörner, Bad Nauheim
Irene Eckhardt, Bad Vilbel
Hubertus Ellerhusen, Nidda
Detlev Engel, Karben
Sabine Ergün, Friedberg
Martin Exner, Niddatal
Klaus Fischer, Friedberg
Werner Fromm, Friedberg
Wilma Gatzka, Altenstadt
Waltraud Gewahl, Nidda
Alfons Götz, Wöllstadt
Tobias Greilich, Ortenberg
Gerd Gries, Büdingen
Dr. Hans Peter Griethe, Büdingen
Edwin Gottlieb, Kefenrod
Achim Gutsch, Niddatal
Jörg-Uwe Hahn, Wiesbaden
Gudrun Hamacher, Karben
Armin Häuser, Nidda
Sylvia Harbig, Bad Vilbel
Jutta Heck, Münzenberg
Peter Heidt, Friedberg
Karlheinz Hofmann, Karben
Sophia Horz-Hövel, Bad Nauheim
Manfred Jordis, Bad Nauheim
Helmut Jung, Nidda
Regina Karehnke, Rosbach

Alexander Kartmann, Butzbach
Ekkehard Kehm, Ortenberg
Rene Kirch, Butzbach
Renate Klingelhöfer, Ortenberg
Irmtraud Köhler, Gedern
Cornelia Kreher, Nidda
Justin Küblbeck, Bad Nauheim
Norbert Kühl, Bad Vilbel
Alexandra Kunkel-Wolf, Bad Vilbel
Daniel Lachmann, Büdingen
Dennis Lischewski, Butzbach
Stefan Lux, Florstadt
Oliver von Massow, Bad Nauheim
Ruth Mühlenbeck, Friedberg
Brigitta Nell-Düvel, Bad Nauheim
Heinrich Orth, Gedern
Wolfgang Patzak, Büdingen
Kristina Paulenz, Ober-Mörlen
Elfriede Pfannkuche, Hirzenhain
Ulrike Pfeiffer-Pantring, Ortenberg
Walter Pöllmann, Nidda
Lucia Puttrich, Nidda
Hannelore Rabl, Bad Vilbel
Guido Rahn, Karben
Cäcilia Reichert-Dietzel, Ranstadt
Dr. Gerd Rippen, Karben
Michael Rückl, Wölfersheim
Volker Sachs, Wölfersheim
Karl Peter Schäfer, Bad Vilbel
Karl-Heinz Schneider, Münzenberg
Waltraud Schönfeld, Nidda
Dr. Erich Sehr, Reichelsheim
Frieda Siemon, Büdingen
Elke Sommermeyer, Rosbach
Erich Spamer, Büdingen
Monika Sperzel, Butzbach
Anja Steinhofen-Adam, Butzbach
Martin Trautvetter, Echzell
Tobias Utter, Bad Vilbel
Gerhard Weber, Wölfersheim
Georg Wegner, Nidda
Herbert Wellenberg, Friedberg
Almut Wilser, Bad Nauheim
Bernd Witzel, Bad Nauheim

Kreisausschuss

Rolf Gnadl, Friedberg
Oswin Veith, Friedberg
Ottmar Lich, Rabenau
Bardo Bayer, Rockenberg
Rosa Maria Bey, Friedberg
Helmut Betschel-Pflügel, Friedberg
Rainer W. Korb, Karben
Klaus Minkel, Bad Vilbel
Helmut Münch, Bad Nauheim
Manfred Reitz-Rühl, Echzell
Dr. Wiltrud Risch-Laasch, Reichelsheim
Astrid Triesch, Büdingen
Edda Weber, Florstadt

Schriftführer

Hagen Vetter, Kreistagsbüro
Petra Schnelzer, Fachdienst Kommunikation und Gremienservice
Rüdiger Frost

Von der Verwaltung

Kreispressesprecher Michael Elsaß Fachdienstleiter Kommunikation und Gremienservice
Ilona Hakert, Fachdienstleiterin Zentrale Steuerungsunterstützung
Marion Götz, Sonderfachdienstleiterin Beteiligungssteuerung
Wolfgang Hofmann, Fachdienstleiter Finanzen
Kurt Schäfer, Betriebsleiter AWB
Walter Lochmann, Betriebsleiter VHS

Es fehlten

Lisa Gnadl
Carsten von Waffenstein

Kreistagsvorsitzender Bernfried Wieland begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sein besonderer Gruß gilt der anwesenden Nachrückerin in der SPD-Fraktion für den ausgeschiedenen Abg. Dennis Lischewski, Frau Silke Schmidt-Bernhardt (Florstadt).

Der Abg. Frieda Siemon gratuliert der Kreistagsvorsitzende im Namen des Hauses zum heutigen Geburtstag und überreicht ein Präsent.

Zur Tagesordnung teilt der Kreistagsvorsitzende mit, dass

- TOP 10 aus rechtlichen Gründen heute nicht behandelt werden kann, zumal eine Nachwahl bei Listenwahlen nicht möglich ist (Nachrücken statt Nachwählen), und daher abgesetzt werden muss,
- TOP 12 abgesetzt wird, da die Antrag stellende Fraktion den Antrag zurück gezogen hat,
- TOP 13, 14, 20 und 21 zurück gestellt werden müssen, da jeweils noch keine Beschlussempfehlung des Haupt und Finanzausschusses vorliegt
- TOP 24 ebenfalls zurück gestellt werden muss, da noch keine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Kultur vorliegt.

Abg. Klaus Fischer (Die Linke.WASG) begründet sodann die Dringlichkeit des Antrages seiner Fraktion zur aktuellen Lage der WAUS. Abg. Konrad Dörner (CDU) spricht sich im Namen der Koalitionsfraktionen gegen die Dringlichkeit aus.

Mit den Stimmen von CDU, FWG/UWG und FDP lehnt der Kreistag mehrheitlich den Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke.WASG gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke.WASG und NPD ab.

Die Absetzung der o. g. TOP wird von Abg. Michael Rückl (Bündnis 90/Die Grünen) kritisiert mit der Befürchtung, dass der Kreistag seine Arbeit nicht mehr schaffen könnte. Dem entgegnet Kreistagsvorsitzender Bernfried Wieland, dass Fachausschüsse, die mit der Beratung von Sachverhalten beauftragt sind, diese nicht übergangen werden sollen und daher keine andere Möglichkeit verbleibt.

Abg. Karl-Heinz Schneider (SPD) stellt fest, dass die TOP 25 und 26 bereits auf der Tagesordnung des Haupt- und Finanzausschusses gestanden haben und dort allerdings noch nicht behandelt wurden, so dass eine heutige Beratung ebenfalls nicht möglich sei. Dem widerspricht Kreisbeigeordneter Helmut Betschel-Pflügel. Abg. Konrad Dörner (CDU) kritisiert den SPD-Einwand.

Kreistagsvorsitzender Bernfried Wieland stellt daraufhin fest, dass die TOP 25 und 26 auf der Tagesordnung verbleiben, so wie es der Absprache im Ältestenrat entspricht.

Abg. Michael Rückl (Bündnis 90/Die Grünen) beantragt, den TOP 24 doch heute zu behandeln, was von Abg. Konrad Dörner (CDU) unterstützt wird.

Einstimmig bei 2 Enthaltungen wird TOP 24 wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit den Stimmen von CDU, FWG/UWG, FDP und NPD bei Enthaltung von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.WASG einstimmig angenommen.

TOP 1 Aktuelle Anfragen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 2 Mitteilungen

Erster Kreisbeigeordneter Oswin Veith teilt mit, dass die allen Abgeordneten ausgehändigte CD die Überleitungstabellen der kameralen Haushaltsstellen zu den doppischen Konten enthält und damit als „Übersetzungshilfe“ betrachtet werden kann.

Kreisbeigeordneter Ottmar Lich teilt mit, dass er zum Thema „Unregelmäßigkeiten bei der WAUS“ (Unerlaubter Einsatz von 1-€-Jobs) umfangreiche Prüfungen angestrengt hat, deren Ergebnisse in Kürze vorliegen. Er betont dennoch die bisher gute Arbeit der WAUS und weist auf die bis zum Vorliegen genauer Fakten fort geltende „Unschuldsvermutung“ hin.

TOP 3 (Drucksachen-Nr. 2006-3190) Bildung der Fachausschüsse für die Legislaturperiode 2006-2011; Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 30.05.2006

Abg. Konrad Dörner (CDU) berichtet als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses über dessen Beratungsergebnis, nach welchem dem Kreistag mehrheitlich (7:5) die Ablehnung des Antrages empfohlen wird.

An der Beratung beteiligen sich die Abg. Kristina Paulenz (SPD), Wolfgang Patzak (FDP), Michael Rückl (Bündnis 90/Die Grünen), Armin Häuser (CDU), Karl-Heinz Schneider (SPD) und Erich Spamer (FWG/UWG).

Die SPD-Fraktion begründet nochmals ihren Antrag mit der Notwendigkeit, die Zuständigkeiten parlamentarischer Ausschüsse an die veränderten Lebensumstände der heutigen Zeit anzupassen. Dem schließt sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an.

Die Fraktionen von CDU, FDP und FWG/UWG machen eine Notwendigkeit nicht aus und betonen, dass die bisherigen Zuständigkeiten und Zuschnitte der Ausschüsse sich bewährt hätten und vollauf genügen würden. Eine Änderung könne auch zu einem späteren Zeitpunkt ins Auge gefasst werden.

Mit den Stimmen von CDU, FWG/UWG, FDP und NPD wird der Antrag der SPD-Fraktion vom 03.05.2006 auf Neuzuschnitt der Zuständigkeiten und Namensänderung der Fachausschüsse des Kreistages gegen sie Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.WASG mehrheitlich abgelehnt.

TOP 4 (Drucksachen-Nr. 2006-3144) Jüngste Änderungen in Hartz IV und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Wetteraukreis Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.08.2006

Kreistagsvorsitzender Bernfried Wieland weist darauf hin, dass zu diesem TOP keine Beschlussfassung mehr erfolgt und der Sachverhalt gemäß Geschäftsordnung auf die Tagesordnung des Kreistages gelangt ist. Die Antrag stellende Fraktion hatte zudem um eine politische Auseinandersetzung und Bewertung gebeten.

An der Beratung beteiligen sich die Abg. Sabine Ergün (Bündnis 90/Die Grünen), Peter Heidt (FDP), Cäcilia Reichert-Dietzel (SPD), Brigitta Nell-Düvel (Bündnis 90/Die Grünen), Volker Sachs (NPD), Ekkehard Kehm (FWG/UWG), Tobias Greilich (CDU), Klaus Fischer (Die Linke.WASG) und Bernd Witzel (FWG/UWG).

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstreicht die Notwendigkeit der Behandlung der Thematik im Fachausschuss und fordert eine „Positivliste“ für den Einsatz von 1-€-Jobs. Die dringende Notwendigkeit einer Zielvereinbarung bei der JobKOMM wird betont.

Dem schließt sich die SPD-Fraktion inhaltlich an und weist darauf hin, dass der Einsatz von 1-€-Jobs nicht zum Werkzeug für Billiglohn-Anbieter und für „Lohn-Dumping“ werden dürfen. Für die Fraktion Die Linke.WASG geht der Antrag nicht weit genug, zumal von dort die Einbeziehung und Beteiligung der betroffenen Arbeitslosen gefordert wird.

Die FDP-Fraktion begrüßt die Behandlung der Thematik im Ausschuss und lobt die detaillierte und sachliche Darstellung. Die JobKOMM befinde sich auf dem richtigen Weg und ist allerdings an Vorgaben aus Berlin gebunden. Anfangsschwierigkeiten seien überwunden und nun müsse der JobKOMM der Rücken gestärkt werden.

Die FWG/UWG-Fraktion teilt diese Auffassung allerdings nicht und sieht keinen Grund zur weiteren intensiven Beratung.

TOP 5

(Drucksachen-Nr. 2006-3239)

Abgabe einer Tariftreueerklärung bei Vergabe von öffentlichen Aufträgen; Antrag der Fraktion Die Linke.WASG vom 16.11.2006

Abg. Klaus Fischer (Die Linke.WASG) begründet den Antrag seiner Fraktion.

An der Beratung beteiligen sich die Abg. Michael Rückl (Bündnis 90/Die Grünen), Edwin Gottlieb (CDU), Karl-Heinz Schneider (SPD), Ekkehard Kehm (FWG/UWG) und Erster Kreisbeigeordneter Oswin Veith.

Erster Kreisbeigeordneter Oswin Veith teilt erhebliche rechtliche Bedenken dazu mit und verweist dazu auf einschlägige Vorgaben. Im übrigen gäbe es in Hessen kein „Tariftreuegesetz“, das als rechtliche Grundlage für diesen Antrag dienen könnte.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erkennt die Absicht des Antrages als „ehrenwert“ an und beantragt, den Kreisausschuss mit einer rechtlichen Prüfung des Ansinnens zu beauftragen.

Die SPD-Fraktion erinnert an eine inhaltsgleiche Initiative des Landrates des Wetteraukreises bei der VGO bzw. bei ZOV-Ausschreibungen und fordert, dem Anliegen nunmehr Rechnung zu tragen und die Angelegenheit in den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Die CDU-Fraktion signalisiert Ablehnung und bezweifelt die Konformität des Antragsinhaltes mit geltendem EU-Recht. Dabei verweist sie auf entsprechende Gerichtsauffassungen. Dem schließt sich die FWG/UWG-Fraktion an.

Die Beauftragung des Kreisausschusses mit einer rechtlichen Prüfung und anschließende Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss wird mit den Stimmen von CDU, FWG/UWG und FDP gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke.WASG und NPD mehrheitlich abgelehnt.

Sodann wird der Hauptantrag mit den Stimmen von CDU, FWG/UWG und FDP gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke.WASG und NPD ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

TOP 6

(Drucksachen-Nr. 2006-3240)

Sicherstellungsvereinbarung für DLRG Wasserrettung im Wetteraukreis; Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2006

Abg. Stephanie Becker-Bösch (SPD) begründet den Antrag ihrer Fraktion.

An der Beratung beteiligen sich die Abg. Marc Dieruff (CDU), Brigitta Nell-Düvel (Bündnis 90/Die Grünen), Bernd Witzel (FWG/UWG), Sylvia Harbig (SPD) und Kreisbeigeordneter Ottmar Lich.

Alle Fraktionen signalisieren grundsätzliche Zustimmung, wobei die CDU-Fraktion zuvor eine rechtliche Prüfung durch den Kreisausschuss sowie eine Verweisung der Angelegenheit in den Haupt- und Finanzausschuss beantragt.

Kreisbeigeordneter Ottmar Lich kündigt an, den Rettungsdienstplan diesbezüglich fortzuschreiben.

Danach fasst der Kreistag einstimmig folgenden Beschluss:

„Die Angelegenheit soll durch den Kreisausschuss rechtlich geprüft und dessen Ergebnis dem Haupt und Finanzausschuss zur weiteren Beratung vorgelegt werden.“

TOP 7

(Drucksachen-Nr. 2006-3241)

Vereinbarung mit dem Hess. Ministerium für Wissenschaft und Kunst über Einbindung der APG gGmbH zum Betrieb des geplanten Kelten-Museums; Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2006

Sylvia Harbig (SPD) begründet den Antrag ihrer Fraktion.

An der Beratung beteiligen sich die Abg. Lucia Puttrich (CDU), Hannelore Rabl (Bündnis 90/Die Grünen), Jörg Uwe Hahn (FDP), Erich Spamer (FWG/UWG), Bernd Witzel (FWG/UWG), Karl-Heinz Schneider (SPD), Konrad Döner (CDU) und Landrat Rolf Gnadl.

Die CDU-Fraktion wünscht sich eine Einbindung der Menschen aus der Region sowie der APG gGmbH und will eine vertiefte Diskussion der Thematik. Daher wird die Verweisung des Antrages in den Haupt- und Finanzausschuss sowie den Ausschuss für Kreisentwicklung gefordert.

Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert die Einbeziehung der „örtlichen Kompetenz“ in die Konzeption des künftigen Museums und schließt sich dem SPD-Antrag an.

Die FDP-Fraktion verweist auf die erreichten Ergebnisse mit der Landesregierung. In der Folge entspinnt sich eine teils emotionale Diskussion, in deren Fortgang der Kreistagsvorsitzende alle Beteiligten zur Mäßigung auffordert.

Die FWG/UWG-Fraktion mahnt zur Einigkeit und fordert die Einbeziehung des „Keltenvereins Bad Nauheim“.

Danach fasst der Kreistag einstimmig folgenden Beschluss:

„Die Angelegenheit wird zur weiteren Beratung in den Haupt- und Finanzausschuss sowie den Ausschuss für Kreisentwicklung verwiesen.“

TOP 8

(Drucksachen-Nr. 2006-3121)

Jahresabschluss 2005 des Eigenbetriebes Volkshochschule Wetteraukreis (vhs)

Abg. Konrad Dörner (CDU) berichtet als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses über dessen Beratungsergebnis, nach welchem dem Kreistag einstimmig die Annahme der Vorlage empfohlen wurde.

An der Beratung beteiligen sich die abg. Michael Rückl (Bündnis 90/Die Grünen), Gerd Gries (CDU) und Ekkehard Kehm (FWG/UWG).

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist auf eine „Verbesserung der Lage“ hin und macht eine „richtige Tendenz“ aus. Die Gründe des Defizits seien jedoch in der Vergangenheit zu suchen. Die Einsparungsvorgaben aus dem Kreisausschuss werden kritisiert und daher Enthaltung signalisiert.

Die Fraktionen von CDU und FWG/UWG sehen mit Interesse und Wohlwollen die Ergebnisverbesserungen und signalisieren Zustimmung.

Sodann fasst der Kreistag einstimmig bei Enthaltung der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.WASG folgenden Beschluss:

1. „Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2005 wird wie folgt festgestellt:

1. Bilanz zum 01.01.2005	483.674,16 €
2. Bilanz zum 31.12.2005	604.949,42 €
3. Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2005	
in den Erträgen	1.749.194,44 €
in den Aufwendungen	1.860.053,39 €
Verlust	110.858,95 €
4. Der Jahresverlust ist auf „Neue Rechnung“ vorzutragen.	

2. Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2005 und der Jahresbericht der Betriebsleitung zum Geschäftsjahr 2005 werden zur Kenntnis genommen.“

TOP 9

Wahl eines/r weiteren Schriftführers/in

Kreistagsvorsitzender Bernfried Wieland dankt dem scheidenden Schriftführer Hagen Vetter für die seit 8 ½ Jahren geleistete Arbeit und stellt den Abgeordneten dessen Amtsnachfolger Rüdiger Frost dem Plenum vor. Zum Abschied und zum Dank überreicht der Kreistagsvorsitzende ein Präsent.

Der Kreistag wählt einstimmig Herrn Rüdiger Frost zum neuen Schriftführer des Kreistages des Wetteraukreises.

TOP 10

(Drucksachen-Nr. 2006-3259)

Nachwahl eines stimmberechtigten Mitglieds für die Jugend- und Sozialhilfekommission

Dieser TOP ist aus rechtlichen Gründen obsolet wird daher nicht behandelt.

TOP 11

(Drucksachen-Nr. 2006-3214)

"Verenglischung" der deutschen Sprache in der Kreisverwaltung;

Antrag der NPD-Fraktion vom 28.10.2006

Abg. Volker Sachs (NPD) begründet den Antrag seiner Fraktion.

An der Beratung beteiligen sich die Abg. Peter Heidt (FDP), Michael Rückl (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Hans Peter Griethe (FWG/UWG) und Erster Kreisbeigeordneter Oswin Veith.

Alle Fraktionen signalisieren Ablehnung und sehen keine Notwendigkeit für derartige Anträge. Erster Kreisbeigeordneter Oswin Veith verweist auf das Verwaltungsverfahrensgesetz, nachdem die Amtssprache „Deutsch“ ist.

Der Kreistag lehnt mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FWG/UWG, FDP und Die Linke.WASG gegen die Stimmen der NPD den NPD-Antrag vom 28.10.2006 gegen die „Verenglischung der deutschen Sprache in der Kreisverwaltung“ mit großer Mehrheit ab.

TOP 12

(Drucksachen-Nr. 2006-3262)

Geheimer Anbau von Genraps in der Wetterau;

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.12.2006

Dieser TOP wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

TOP 13

(Drucksachen-Nr. 2006-3203)

Installation von Photovoltaikanlagen bei Schulsanierungs- und -neubauten;

Antrag der SPD-Fraktion vom 19.10.2006

Eine Beratung dieses TOP entfällt zur heutigen Sitzung, da noch keine Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vorliegt.

TOP 14 (Drucksachen-Nr. 2006-3242) Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Volkshochschule des Wetteraukreises

Eine Beratung dieses TOP entfällt zur heutigen Sitzung, da noch keine Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vorliegt.

TOP 15 (Drucksachen-Nr. 2006-3216) Gebührensatzung für Amtshandlungen des Dienstleistungszentrums

Abg. Konrad Dörner (CDU) berichtet als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses über dessen Beratungsergebnis, nach welchem dem Kreistag einstimmig die Annahme der Vorlage mit Änderung des Datums des Inkrafttretens vom 01.01.2007 auf den 01.02.2007 empfohlen wurde.

Ohne Beratung fasst der Kreistag einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Kreistag beschließt auf Vorlage des Kreisausschusses die als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren für das Dienstleistungszentrum des Wetteraukreises. Die Satzung tritt mit Wirkung vom 01.02.2007 in Kraft. Sie wird in den Amtlichen Bekanntmachungen des Kreises veröffentlicht.“

TOP 16 (Drucksachen-Nr. 2006-3231) Abfallwirtschaftsbetrieb des Wetteraukreises (AWB); hier: Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2005 und Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Jahresprüfung des Jahresabschlusses 2006

Dieser TOP wird gemeinsam mit TOP 17 beraten.

Abg. Konrad Dörner (CDU) berichtet als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses über dessen Beratungsergebnis, nach welchem dem Kreistag einstimmig die Annahme der Vorlage empfohlen wurde.

Abg. Gerhard Weber (SPD) berichtet als Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt über dessen Beratungsergebnis, nach welchem dem Kreistag einstimmig die Annahme der Vorlage empfohlen wurde.

An der Beratung beteiligen sich die Abg. Gerhard Weber (SPD), Dr. Gerd Rippen (Bündnis 90/Die Grünen), Armin Häuser (CDU), Bernd Witzel (FWG/UWG) sowie Kreisbeigeordnete Dr. Wiltrud Risch-Laasch und Landrat Rolf Gnadl.

Die Fraktionen von SPD und CDU loben das gute Ergebnis sowie die positiven Aussichten. Der Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB) sei auf dem richtigen Weg und die Entsorgungskonzeption mache den Wetteraukreis frei von Abhängigkeiten. Beide Fraktionen danken den Mitarbeitern und der Betriebsleitung für das erreichte Ergebnis.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezweifelt dagegen die angenommene Kostenstabilität und setzt auf Müllvermeidung statt –entsorgung. Im übrigen sei Müllverbrennung keine „Verwertung“. Dennoch wird dem AWB eine „glückliche Hand“ gewünscht.

Die FWG/UWG-Fraktion betont die Entscheidungsfreiheit der Kommunen und fordert dessen Respektierung. Viel lieber hätte man kreisübergreifende Kooperationen weiterbetrieben.

Landrat Rolf Gnadl und Kreisbeigeordnete Dr. Wiltrud Risch-Laasch betonen, dass kreisübergreifende Kooperationen zwar wünschenswert seien, in der Vergangenheit allerdings aufgrund Ignoranz und Entscheidungsängste nicht funktioniert haben und letztlich gescheitert sind. Dennoch werde weiter an der Errichtung solcher überregionaler Kooperationen gearbeitet.

Sodann fasst der Kreistag einstimmig bei 2 Enthaltungen folgenden Beschluss:

1. „Der durch die WIKOM AG - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft - Stuttgart, geprüfte Jahresabschluss 2005 des Abfallwirtschaftsbetriebes wird mit folgenden Ergebnissen festgestellt:

1. Bilanzsumme	13.120.103,41 Euro
2. Jahresergebnis	-17.751,15 Euro

2. Mit der Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2006 wird die WIKOM AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, beauftragt.“

TOP 17

(Drucksachen-Nr. 2006-3230)

Abfallwirtschaftsbetrieb des Wetteraukreises (AWB);

hier: Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2007, Entwurf: Stand 22.11.2006, Einbringung, Beratung und Beschlussfassung

Dieser TOP wird gemeinsam mit TOP 16 beraten.

Abg. Konrad Dörner (CDU) berichtet als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses über dessen Beratungsergebnis, nach welchem dem Kreistag mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme die Annahme der Vorlage empfohlen wurde.

Abg. Gerhard Weber (SPD) berichtet als Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt über dessen Beratungsergebnis, nach welchem dem Kreistag einstimmig die Annahme der Vorlage empfohlen wurde.

An der Beratung beteiligen sich die Abg. Gerhard Weber (SPD), Dr. Gerd Rippen (Bündnis 90/Die Grünen), Armin Häuser (CDU), Bernd Witzel (FWG/UWG) sowie Kreisbeigeordnete Dr. Wiltrud Risch-Laasch und Landrat Rolf Gnadl.

Die Fraktionen von SPD und CDU loben das gute Ergebnis sowie die positiven Aussichten. Der Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB) sei auf dem richtigen Weg und die Entsorgungskonzeption mache den Wetteraukreis frei von Abhängigkeiten. Beide Fraktionen danken den Mitarbeitern und der Betriebsleitung für das erreichte Ergebnis.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezweifelt dagegen die angenommene Kostenstabilität und setzt auf Müllvermeidung statt -entsorgung. Im übrigen sei Müllverbrennung keine „Verwertung“. Dennoch wird dem AWB eine „glückliche Hand“ gewünscht.

Die FWG/UWG-Fraktion betont die Entscheidungsfreiheit der Kommunen und fordert dessen Respektierung. Viel lieber hätte man kreisübergreifende Kooperationen weiterbetrieben.

Landrat Rolf Gnadl und Kreisbeigeordnete Dr. Wiltrud Risch-Laasch betonen, dass kreisübergreifende Kooperationen zwar wünschenswert seien, in der Vergangenheit allerdings aufgrund Ignoranz und Entscheidungsängste nicht funktioniert haben und letztlich gescheitert sind. Dennoch werde weiter an der Errichtung solcher überregionaler Kooperationen gearbeitet.

Sodann fasst der Kreistag einstimmig bei 7 Enthaltungen folgenden Beschluss:

„Der Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes für das Jahr 2007 wird festgestellt.“

TOP 18

(Drucksachen-Nr. 2006-3229)

Übertragung der Einsammlung von Altpapier auf den Wetteraukreis

Abg. Konrad Dörner (CDU) berichtet als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses über dessen Beratungsergebnis, nach welchem dem Kreistag einstimmig bei 1 Enthaltung die Annahme der Vorlage, jedoch mit den im Ausschuss vorgestellten und erläuterten Änderungen, empfohlen wurde.

An der Beratung beteiligen sich die Abg. Karl-Heinz Schneider (SPD), Dr. Gerd Rippen (Bündnis 90/Die Grünen), Peter Heidt (FDP), Bernd Witzel (FWG/UWG), Konrad Dörner (CDU), Gerhard Weber (SPD), Dr. Hans Peter Griethe (FWG/UWG) sowie Kreisbeigeordnete Dr. Wiltrud Risch-Laasch und Landrat Rolf Gnadl.

Während die Fraktionen von CDU und SPD den Änderungen positiv gegenüberstehen, werden von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FWG/UWG Zweifel angemeldet. Vor allem wird sich gegen die „Bevormundung“ der Kommunen gewandt, was von CDU und SPD bestritten wird.

Landrat Rolf Gnadt und kreisbeigeordnete Dr. Wiltrud Risch-Laasch wenden sich außerdem gegen eine von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geforderten rechtlichen Prüfung, die einer Beschlussfassung vorgeschaltet werden sollte.

Abg. Konrad Dörner (CDU) bringt namens der Koalitionsfraktionen folgenden Zusatzantrag ein:

„Die öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit den Städten und Gemeinden und dem AWB werden erst dann geschlossen, wenn die von einzelnen Kommunen vorgebrachten rechtlichen Bedenken hinsichtlich der Verwendung der Rücklage aus der Altpapiervermarktung eingehend und einwandfrei geprüft und der AWB sich der rechtlichen Haltbarkeit des Vorhabens versichert hat.“

Sodann lehnt der Kreistag die geforderte rechtliche Prüfung mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP sowie 2 FWG/UWG-Abgeordneten gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke.WASG sowie 1 FWG/UWG-Abgeordneten bei Enthaltung der NPD und 1 FWG/UWG-Abgeordneten mehrheitlich ab.

Der von den Koalitionsfraktionen eingebrachte Zusatzantrag wird einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.WASG angenommen.

Danach fasst der Kreistag mit den Stimmen von CDU, SPD, FWG/UWG und FDP bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke.WASG und NPD sowie 1 FWG/UWG-Abgeordneten einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Kreistag beschließt, dass der Wetteraukreis die Aufgabe der Einsammlung des Altpapiers von den Kommunen gem. § 51 Nr. 19 der Hessischen Gemeindeordnung übernimmt und die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Einsammlung von Papier, Pappe und Kartonagen aus privaten Haushalten und die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Abrechnung der Kosten für die Einsammlung von Papier, Pappe und Kartonagen (Altpapier) aus privaten Haushaltungen mit den Kommunen abschließt.“

TOP 19

(Drucksachen-Nr. 2006-3215)

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft des Wetteraukreises für das Wirtschaftsjahr 2007

Abg. Konrad Dörner (CDU) berichtet als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses über dessen Beratungsergebnis, nach welchem dem Kreistag einstimmig bei 1 Enthaltung die Annahme der Vorlage empfohlen wurde.

An der Beratung beteiligen sich die Abg. Hannelore Rabl (Bündnis 90/Die Grünen) und Karl-Heinz Hofmann (Die Linke.WASG).

Beide Fraktionen beurteilen den vorgelegten Wirtschaftsplan kritisch und fordern weitere Informationen. Insbesondere wird seitens der Fraktion Die Linke.WASG ein Tarif für Reinigungskräfte gefordert und Ablehnung des Plans signalisiert. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen signalisiert Enthaltung.

Sodann fasst der Kreistag mit den Stimmen von CDU, SPD, FWG/UWG, FDP und NPD bei Nein-Stimmen der Fraktion Die Linke.WASG und Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

„Der Kreistag beschließt den Wirtschaftsplan 2007 des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft des Wetteraukreises bestehend aus

**Erfolgsplan
Vermögensplan
Finanzplan
Stellenübersicht**

wie im Entwurf vorgelegt.“

TOP 20 (Drucksachen-Nr. 2006-3226)
Wetterauer Eigenbetrieb Informationstechnologie (WEBIT);
hier: Wirtschaftsplan 2007

Eine Beratung dieses TOP entfällt zur heutigen Sitzung, da noch keine Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vorliegt.

TOP 21 (Drucksachen-Nr. 2006-3196)
IT-Betreuung der Stadtverwaltung Büdingen

Eine Beratung dieses TOP entfällt zur heutigen Sitzung, da noch keine Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vorliegt.

TOP 22 (Drucksachen-Nr. 2006-3213)
Übernahme des Bilanzverlustes 2005 der Kliniken des Wetteraukreises gGmbH - Bürgerhospital Friedberg, Kreiskrankenhaus Schotten-Gedern - im Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH

Abg. Konrad Dörner (CDU) berichtet als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses über dessen Beratungsergebnis, nach welchem dem Kreistag einstimmig bei 1 Enthaltung die Annahme der Vorlage empfohlen wurde.

An der Beratung beteiligen sich die Abg. Elke Sommermeyer (FDP), Brigitta Nell-Düvel (Bündnis 90/Die Grünen), Bernd Witzel (FWG/UWG), Konrad Dörner (CDU), Waltraud Schönfeld (SPD) und Erster Kreisbeigeordneter Oswin Veith.

Seitens der FDP-Fraktion wird ein Zusammenschluss in der beabsichtigten Form befürwortet, jedoch eine Privatisierung präferiert.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bekennt sich zum Gesundheitszentrum Wetterau (GZW), sieht die Höhe der Verluste jedoch kritisch. Eine Privatisierung wird dennoch abgelehnt. Zur Vorlage wird Enthaltung signalisiert.

Die FWG/UWG-Fraktion warnt vor weiteren Verluststeigerungen, signalisiert dennoch Zustimmung. Die Bedenken werden von der CDU-Fraktion nicht geteilt und auf eine qualitätvolle medizinische Versorgung hingewiesen. Erster Kreisbeigeordneter Oswin Veith dankt allen Ärzten und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit und bezeichnet den beabsichtigten Beschluss als „richtigen Weg“.

Die SPD-Fraktion signalisiert ebenfalls Zustimmung, warnt jedoch davor, die notwendigen Konsolidierungen zu Lasten der Arbeitnehmer/innen mittels Lohnsenkungen und Stellenabbau vorzunehmen.

Sodann fasst der Kreistag einstimmig bei 4 Enthaltungen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

„1. Gem. Rahmenvereinbarung § 4 Abs. 5 über die Kooperation und Zusammenführung der Krankenhäuser zwischen dem Wetteraukreis, der Stadt Bad Nauheim, dem Landeswohlfahrtsverband und der Stadt Gedern übernimmt der Wetteraukreis den Bilanzverlust 2005 der Betriebsstätte äBürgerhospital Friedberg (Somatik)“ in Höhe von

1.606.026,35 €

und für die Betriebsstätte „Kreiskrankenhaus Schotten-Gedern“ in Höhe von

2.578.945,59 €

2. Da der Bilanzgewinn 2004 der Psychiatrie Friedberg im Rahmen der Jahresabschlusserstellung 2004 bei der Verrechnung des Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung verlustmindernd zugunsten der Kliniken des Wetteraukreises gGmbH –Bürgerhospital Friedberg, Kreiskrankenhaus Schotten-Gedern – in Anspruch genommen wurde, übernimmt der Wetteraukreis zum Ausgleich eine Kapitalzuführung zugunsten des Eigenkapitalkontos der Psychiatrie Friedberg in Höhe von

231.064,07 €

3. Der überplanmäßigen Ausgabenbewilligung bei der Haushaltsstelle 51020.98550 – Kapitalzuschuss und Betriebsverlust der Kliniken gGmbH – wird gemäß § 100 HGO in Verbindung mit § 52 HKO zugestimmt. Zur Deckung dieser Mehrausgaben wird der beim Jahresabschluss 2005 vorsorglich für diesen Zweck in eine Rücklage (Verwahrkonto 92300.0003) eingestellten Betrag von 5.400.000 € herangezogen.“

TOP 23 (Drucksachen-Nr. 2006-3185)
Gründung der Medizinisches Versorgungszentrum Wetterau GmbH

Abg. Konrad Dörner (CDU) berichtet als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses über dessen Beratungsergebnis, nach welchem dem Kreistag einstimmig die Annahme der Vorlage empfohlen wurde.

An der Beratung beteiligen sich die Abg. Elke Sommermeyer (FDP), Waltraud Schönfeld (SPD), Konrad Dörner (CDU) und Peter Heidt (FDP).

Alle Fraktionen befürworten die Vorlage und signalisieren Zustimmung.

Sodann fasst der Kreistag einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Gründung der „Medizinisches Versorgungszentrum Wetterau GmbH“ gemäß dem als Anlage beigefügten Gesellschaftsvertrag wird zugestimmt.“

TOP 24 (Drucksachen-Nr. 2006-3148)
Burggymnasium Friedberg
hier: Mietvertrag mit dem Land Hessen über den sogenannten Feldweibelbau in Friedberg, Burg 15

Abg. Konrad Dörner (CDU) berichtet als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses über dessen Beratungsergebnis, nach welchem dem Kreistag einstimmig die Annahme der Vorlage empfohlen wurde.

An der Beratung beteiligen sich die Abg. Stephanie Becker-Bösch (SPD), Marc Dieruff (CDU), Klaus Fischer (Die Linke.WASG) und Erster Kreisbeigeordneter Oswin Veith.

Seitens der SPD-Fraktion wird weiteres Informationsbedürfnis signalisiert. Sollte heute dennoch die Vorlage beschlossen werden, werden keine Teilnahme mehr an der morgigen entbehrlichen Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur erfolgen.

Die Fraktionen von CDU und Die Linke.WASG sehen die Vorlage positiv und signalisieren Zustimmung. Erster Kreisbeigeordneter Oswin Veith betont die mit der Entscheidung einher gehende Sicherheit für das Burggymnasium.

Kreistagsvorsitzender Bernfried Wieland teilt mit, dass die für den Folgetag vorgesehene Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur dennoch stattfinden wird.

Danach fasst der Kreistag einstimmig folgenden Beschluss:

„Die Nutzung des Feldweibelbaus (Friedberg, Burg 15) wird mittelfristig aufgegeben. Zur Finanzierung der Ersatzräume wird in den Haushalt 2007 bei der Haushaltsstelle 23100000.95000 ein Betrag von 800.000 Euro (Baukosten) eingestellt.

Die Nutzung des Feldweibelbaus (Friedberg, Burg 15) wird mittelfristig aufgegeben. Zur Finanzierung der Ersatzräume wird in den Haushalt 2007 bei der Haushaltsstelle 23100000.95000 ein Betrag von 800.000 Euro (Baukosten) eingestellt.

Die Baumaßnahme darf die Summe von 800.000 Euro nicht übersteigen.“

TOP 25 (Drucksachen-Nr. 2006-3248)
Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluss 2006 des Eigenbetriebes Volkshoch-

schule des Wetteraukreises

Ohne Beratung fasst der Kreistag einstimmig folgenden Beschluss:

„Die Angelegenheit wird in den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung verwiesen.“

TOP 26

(Drucksachen-Nr. 2006-3251)

Wirtschaftsplan 2007 des Eigenbetriebs Volkshochschule des Wetteraukreises

Ohne Beratung fasst der Kreistag einstimmig folgenden Beschluss:

„Die Angelegenheit wird in den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung verwiesen.“

Mit Dank an die Anwesenden schließt Kreistagsvorsitzender Bernfried Wieland um 20:27 Uhr die Sitzung.

Aufgestellt

Hagen Vetter
Schriftführer

Bernfried Wieland
Kreistagsvorsitzender